

# Entlastungen erst einmal nur Diskussionsgegenstand

Kleindienst und die Straßenausbaubeiträge

Von Marius Koity

7.9.17

**Pößneck.** Die Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla (Birso) hat in der jüngsten Sitzung des Pößnecker Stadtrates einen Antrag zur Diskussion gestellt, wonach Grundstückseigentümer bei den Straßenausbaubeiträgen „drastisch“ entlastet werden sollen, wie es Birso-Chef Wolfgang Kleindienst formuliert hatte (OTZ vom 7. August). Im Zuge eines längeren Vortrages hat er allerdings selbst den Vorschlag eingebracht, die schwierige Materie erst einmal im Stadtrats-Haupt- und Finanzausschuss vorzubereiten, und da ließ sich der Stadtrat nicht zweimal bitten. Im Gegenzug erwartet Kleindienst, dass es binnen zwei Monaten im kommunalen Parlament zu einer Entscheidung in seinem Sinne kommt.



Birso-Chef Wolfgang Kleindienst. Foto: Archiv

„Bei Anliegerstraßen sollen die Anteile der Grundstückseigentümer von bisher 60 Prozent bei der Fahrbahn auf 20 Prozent und bei Gehwegen oder Straßenbeleuchtung von 70 Prozent auf 20 Prozent gesenkt werden“, lautet eine der Kleindienst-Forderungen. Bei Haupterschließungsstraßen sollen die Anlieger nur noch fünfzehn Prozent der Investitionen und bei Hauptverkehrsstraßen nur noch zehn Prozent übernehmen. Nach dem Willen der Birso soll die städtische Straßenausbaubeitragssatzung an ins-

gesamt acht Stellen mit teils weitreichenden Folgen geändert werden. Kleindienst will mit seiner Zwei-Mann-Fraktion im 25-köpfigen Stadtrat lokale Entlastungen durchsetzen, welche durch Änderungen des Thüringer Kommunalabgabengesetzes möglich seien, zumal sich die Stadt Pößneck Mindereinnahmen aus Straßenausbaubeiträgen leisten könne.

Das ist die Frage und wenn das so wäre, dann wie lange noch, lautete der Tenor einiger Stellungnahmen. Thomas Weidemann (FDP/FW/FFW) befürchtete Ungleichbehandlungen für den Fall, dass Straßenausbaubeitrags-Entlastungen nur je nach Kassenlage wirken sollen. Mal abgesehen von der „Beitragsgerechtigkeit“ konnte Bürgermeister Michael Modde (Freie Wähler) nicht erkennen, dass die Stadt Geld zu verschenken habe. Er befürchtete, dass Entlastungen auf der einen Seite zu Belastungen an anderer Stelle führen könnten. Er will die Kommunalaufsicht in den Vorgang einbinden.

Alf-H. Borchardt (FDP/FW/FFW) machte eine böse Falle in den Formulierungen zu den Beitrags-Stundungszinsen aus und warnte davor, säumige Zahler für ihr Verhalten noch zu belohnen. Modde merkte an, dass Straßenausbaubeitragspflichtige die jetzt schon möglichen Zahlungserleichterungen kaum in Anspruch nehmen würden. In einigen Details lässt Kleindienst, wie er durchblicken ließ, wohl aus gutem Grund mit sich verhandeln, von seinem Ziel rückte er aber nicht ab. „Wir schaffen das!“, erklärte er frei nach Angela Merkel, zumal Pößneck über mehrere Jahre ganz ohne Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen klar gekommen sei. Der Stadtrat möge doch Mut zu einer historischen Entscheidung mit Vorbildcharakter für andere Gemeinden und Städte in Thüringen haben, meinte Kleindienst. Das brachte ihm die Frage ein, wo denn sein Mut war, als es um kommunalpolitischen Rückenwind für den Thüringentag 2015 in Pößneck ging.